

(Volkbeauftragter Dr. Gradnauer.)

(A) sorgen haben. Übergroß sind die Anforderungen, die die jetzige Notzeit an die Finanzverwaltung des Staates gestellt hat und noch täglich stellt. Die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge, für die Steuerzuschläge und Lohnerhöhungen der Staatsbeamten und Staatsarbeiter stellen so hohe Anforderungen an den Staat, wie es noch niemals auch nur annähernd in Frage gekommen ist. Die Regierung vermochte sich den Wünschen und Forderungen der Beamten und Staatsarbeiter nicht zu widersetzen, weil diese Forderungen durch die Not der Zeit als begründet anerkannt werden mußten.

(Sehr richtig!)

Demgemäß wird die Regierung auch jetzt noch weiteren Wünschen der Beamenschaft, die an sie herangetreten sind, insbesondere nach Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses und der Steuerzuschläge weiterhin entgegenkommen. Ich verweise in dieser Hinsicht, ohne auf Einzelheiten eingehen zu wollen, auf eine Veröffentlichung der Regierung, die noch am heutigen Tage bekanntgemacht werden wird.

Die Kammer wird ferner die weitere Ausgestaltung der Demokratie durchzuführen haben. Hier kommt insbesondere in Betracht die Erneuerung der Gemeindeverwaltungen und die Reform der Bezirks- und Kreisversammlungen. Entsprechende Gesetzentwürfe sind von (B) der vorläufigen Regierung vorbereitet und können Ihnen von der neu einzusetzenden Regierung bald unterbreitet werden.

Weiterhin wird es der gemeinsamen Besprechung zwischen Regierung und Volkstammer anheimgegeben werden, welche sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten zunächst zur Behandlung kommen sollen. Auf allen Gebieten des ökonomischen, kulturellen und geistigen Lebens muß Neues aufgebaut werden. Es sei nur an die Fülle der Aufgaben auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge und der Wohlfahrtspflege kurz erinnert, Gebiete, auf denen gerade auch für die Frauen eine besonders eifrige Mitarbeit ermöglicht wird. Es muß alles getan werden, was in Menschenkraft steht, um der verheerenden Sterblichkeit, die der Krieg und die Unterernährung mit sich geführt haben, Einhalt zu gebieten. Mutterchutz, Säuglings- und Kinderpflege, Bekämpfung der Volksepidemien, das alles sind dringlichste Aufgaben der nächsten Zeit. Daran wird sich dann die Behandlung der großen Probleme der Schule und der Jugendpflege reihen, weiter das Problem der Auseinandersetzung von Staat und Kirche.

Aus der Fülle aller dieser Angelegenheiten sei es mir gestattet, nur eine im besonderen herauszuheben, die in jüngster Zeit besonders lebhaft erörtert und umstritten

worden ist, nämlich die Frage der wirtschaftlichen (C) Sozialisierung. Die vorläufige Regierung ist eine sozialdemokratische Regierung und vertritt die Auffassung, daß der neue Freistaat nicht nur ein demokratischer Staat sein soll, sondern daß er von sozialem und sozialistischem Geiste erfüllt werden muß. Es muß geprüft werden, in welcher Weise und auf welchen wirtschaftlichen Gebieten es möglich und nützlich ist, zu neuen, höheren Wirtschaftsformen voranzuschreiten. Gewiß soll hierbei nicht irgendein theoretisches Dogma maßgebend sein, sondern es kommt darauf an, diese schwierigen Dinge so zu behandeln, daß ein nennenswerter wirtschaftlicher Nutzen im allgemeinen Volksinteresse mit Sicherheit aus den zu ergreifenden Maßnahmen zu erwarten ist. Niemand, glaube ich, darf verkennen, daß der Urquell alles wirtschaftlichen Lebens die Arbeitsfreudigkeit und die Lust an der wirtschaftlichen Initiative ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Aber gerade in der Wirtschaftsweise, die wir bisher hatten, in der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist die Arbeitsfreudigkeit und Arbeitslust der großen Massen des Volkes nicht sichergestellt gewesen. Es kommt darauf an, neue Formen des wirtschaftlichen Lebens zu suchen, unter denen nicht nur einzelne Glieder der Gesellschaft, (D) sondern auch die Massen des Volkes mit vollem Eifer an ihrer Arbeit tätig sind. Die kapitalistische Wirtschaftsweise, unter der wir bis jetzt lebten, hat — das darf wohl auch nicht verkannt werden — wegen ihrer unregelmäßigen Planlosigkeit und wegen der Zufallsgewinne und Bereicherungen, die sie dem Privatkapital zukommen läßt, schwere Mängel in sich. Darum halten wir eine gründliche Umgestaltung dieser Wirtschaftsweise für erforderlich.

Schon bisher ist ein sozialistisches Werden im Zuge der Entwicklung zu spüren gewesen. Dieser Entwicklungsprozeß ist weiter mit Eifer zu fördern. Es ist alles Menschenmögliche zu tun, um aus dem kapitalistischen Staate einen vollstümlichen Arbeitsstaat zu schaffen. Dabei wäre Verschleppung und Rücksichtnahme auf Privatinteressen ebenso schädlich wie Überstürzung.

Dabei muß ferner auch wohl beachtet werden, daß nicht ein einzelner Teil des Deutschen Reiches für sich auf diesem Gebiete vorgehen kann,

(Sehr wahr! rechts.)

sondern daß wir uns im Einvernehmen mit dem Reiche und der Reichsgesetzgebung halten müssen.

(Zustimmung rechts.)